

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Bedarfsfeststellung für den Abruf von externen Dienstleistungen für die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten /Verwaltungsreformprojekten

Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation	10.09.2018
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	17.09.2018
Finanzausschuss	24.09.2018
Rat	27.09.2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem dargestellten Bedarf an externen Dienstleistungen für die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten /Verwaltungsreformprojekten in den Jahren 2019 bis 2021 in Höhe von **5.751.650,- Euro netto/ rd. 6.844.464,- Euro brutto** zu.

Haushaltsmäßige Auswirkungen **Nein**

<input type="checkbox"/> Ja, investiv	Investitionsauszahlungen	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input checked="" type="checkbox"/> Ja, ergebniswirksam	Aufwendungen für die Maßnahme	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): **ab Haushaltsjahr:** 2019ff

a) Personalaufwendungen _____€

b) Sachaufwendungen etc. s.Anlage €

c) bilanzielle Abschreibungen _____€

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): **ab Haushaltsjahr:**

a) Erträge _____€

b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten _____€

Einsparungen: **ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen _____€

b) Sachaufwendungen etc. _____€

Beginn, Dauer _____

Begründung**1. Sachverhalt**

Das Amt für Informationsverarbeitung versteht sich als städtischer Dienstleister und innovativer (Mit-) Gestalter der Digitalisierung in der Verwaltung und in der Stadt und unterstützt die Dezernate und Dienststellen in ihren Zielen, Programmen und Aufgaben durch gesamtstädtisch integrierte digitale Anwendungslösungen. Mit digitalen Lösungsangeboten wird dazu beigetragen, den Service der Verwaltung für die Stadt attraktiver und effektiver zu machen und den sich ändernden Kommunikations- und Interaktionserwartungen von Bürgerinnen und Bürgern, von Unternehmen, gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen anzupassen und zu entsprechen und die städtische Informations- und Kommunikationsinfrastruktur bedarfsorientiert, wirtschaftlich, serviceorientiert und sicher zu betreiben und innovativ weiter zu entwickeln.

Mit der Verwaltungsreform wurden zahlreiche Digitalisierungsprojekte angestoßen. Darüber hinaus sollen zum Beispiel Softwaresysteme wie das KFZ-Zulassungsverfahren, Einwohnerinformationssysteme und auch Anwendungen und Infrastrukturkomponenten für Terminvereinbarung sowie Aufrufanlagen modernisiert werden. Auf dieser Basis sollen Verwaltungsarbeit und Bürgerservice nachhaltig optimiert werden, sodass die Bürgerinnen und Bürger mehr Vorgänge von Zuhause aus initiieren oder auch abschließend durchführen können.

Mit den vorhandenen personellen und auch technischen Ressourcen in der Verwaltung wird dies nicht bewältigt werden können.

Zur Verdeutlichung des Aufwands sind nachfolgend auszugsweise Digitalisierungsprojekte im Rahmen der Verwaltungsreform aufgeführt:

I. Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungs- und Fachprozessen

- Gestaltung einer digitalen Anwendungsarchitektur im Baugenehmigungsverfahren im Rahmen des Verbundprojekts „Beschleunigung von Baugenehmigungsprozessen“
- Durch die Einrichtung eines „GIS-Zentrums“ beim Amt für Informationsverarbeitung zur Konzentration der Aufgaben rund um die Geoinformationssysteme soll hier die Umsetzung der zugeordneten Verwaltungsreformprojekte erfolgen:
 - u.a.
 - EDV-Optimierungen der dv-technischen Ausstattung und Anwendungen (Grünkataster, integratives Datenmanagement)
 - Katasterauskunft online (incl. ePayment)
 - Schaffung von Voraussetzung zur Digitalisierung von Bauwerksakten (BIM)
 - Digitale Denkmalliste & Digitale Denkmalakte
 - Straßenreinigungskataster (Sauberes Köln)
- Gestaltung eines optimierten stadtweiten Datenmanagements
 - u.a.
 - Pilotprojekt „Flüchtlingsdatenmanagement“
 - Mitwirkung an den Projekten „Geodatenmanagement“ und „Grundsicherung und Hilfe zur Pflege nach SGB XII“
 - Mitwirkung am Verbundprojekt Fördermittelmanagement
 - Amtsübergreifende Datenübertragungen (z.B. 51/5111)
 - Dezentrale „Zentralisierung“ der Schuleingangsuntersuchung
 - Bestandserfassung "sozialer Infrastruktur"

II. Ausbau von Bürger- und Unternehmensservices und Anpassung der digitalen Kommunikations- und Interaktionsformen der Nutzerinnen und Nutzer

- Optimierung der Bediensituation in Kundenzentren und Ämtern mit Kundenkontakt
 - u.a.
 - Optimierung der Besucherführung/Einführung von Infoterminals
 - Digitalisierung Förderprozess und –controlling Kulturamt
 - Rheinisches Bildarchiv: digitaler Fotovertrieb
 - Digitale/Online Jugendberatung in Kooperation mit 11
- Projekte zur Verbesserung des Bürgerservice
 - u.a.
 - Verbesserung der Terminübersicht: neben der SMS-Benachrichtigung wird auch eine QR-Code gesteuerte Abfrage der aktuellen Wartezeiten im Internet eingeführt
 - Terminvereinbarung für Beerdigungen und Trauerhallen im Grünflächenamt
- Einführung weiterer Online-Verfahren für Bürger und Unternehmen:
 - u.a.
 - Entwicklung eines Serviceportals auf Basis des Ratsinformationssystems
 - Online-Service für Bauherren (digitaler Prüfvermerk)
- Projekte zur Verbesserung des Bürger- und Unternehmensservice
 - u.a.
 - Internetbasierte Kfz-Zulassungsvorgänge (iKfz Stufe 3)
 - Urkundenbestellung-online für das Personenstandswesen (xUrkundenportal)
 - Einbindung des Servicekonto.NRW in dezidierte Online-Dienste der Stadt Köln

- Modernisierung zentraler Fachverfahren
u.a.
 - o Kfz-Zulassungsverfahren
 - o Einwohnerinformationssysteme
 - o Anwendungen und Systeme für Terminvereinbarung sowie Aufrufanlagen
 - o Handelsplatz mit integriertem Bedarfsprüfungs-Workflow

- Weiterentwicklung zentraler Infrastrukturen
u.a.
 - o cPort (Weiterentwicklung cPort basic zu einem webbasierten Arbeitsplatz für alle städtischen Mitarbeiter*innen)
 - o cBox (Schaffen einer Private Cloud-Lösung zur sicheren Ablage dienstlicher Daten)
 - o EC-Cash, ePayment, Online Be- und Auszahlen
 - o Gigabitförderung und Public WLAN

Der Vollständigkeit halber werden auch Projekte genannt, die bereits in vorangegangenen Beschlussvorlagen thematisiert wurden.

2. Bedarfsbeschreibung

Für die verschiedensten v.g. Projekte werden zum Ausgleich von fehlenden personellen Kapazitäten in den kommenden Jahren externe Dienstleistungen benötigt. Die Aufgabenschwerpunkte liegen in den Bereichen Systemspezialist, Projektmanager, Entwickler und IT-Architekten, die sich auf 20 verschiedene Profile verteilen werden.

Bei den im Folgenden formulierten Maximal-Bedarfen handelt es sich um Schätzungen. 30% der Bedarfe sollen als Mindestmenge gegenüber den Anbietern deklariert werden.

Leistungen: Bereich Systemspezialist

Aufgabeninhalt: Sicherstellung eines reibungslosen Betriebs der Anwendungen durch proaktive und reaktive Maßnahmen sowie jederzeit parallel hochkomplexe neue Umgebungen mit zu planen, aufzubauen, zu testen und in Zusammenarbeit mit den Kundendienststellen in einen geordneten Betrieb zu überführen, insbesondere im Kontext der Herausforderungen im Umfeld:

- Inbetriebnahme-Koordination
- Geografische Informationssysteme (GIS)
- Datenmanagement
- Anwendungsserver sowie Terminalserver
- SCCM sowie Client

Weiterhin sind die funktionale und sicherheitstechnische Anpassung (Customizing) des Betriebssystems Windows 10 sowie dessen automatischer Installation und Konfiguration erforderlich.

Der geschätzte Bedarf für die Projekte liegt bei rund **1.730 Personentagen**. Die Kosten hierfür betragen rund **1.862.000,- Euro netto/ 2.215.780,- Euro brutto**.

Leistungen: Bereich Projektmanager

Die externen Projektmanager leiten oder unterstützen mit den vorhandenen Projektleitern beim Amt für Informationsverarbeitung die diversen, hochkomplexen IT-Projekte, den Entwicklungs- und Einführungsprozess. Dabei soll der externe Projektmanager auch Teilprojekte und/oder Arbeitspakete eigenverantwortlich bearbeiten können.

Ziel ist die Parallelisierung von IT-Projekten in den nächsten drei Jahren

Der geschätzte Bedarf für die Projekte liegt bei rund **1.630 Personentagen**. Die Kosten hierfür betragen rund **1.811.650,- Euro netto/ 2.155.863,50 Euro brutto**.

Leistungen: Bereich Entwickler

Für die zahlreichen Anforderungen im Bereich E-Government, Prozessoptimierung und Fachaufgaben sind vielfach keine geeigneten Lösungen auf dem Markt verfügbar, die eine ganzheitliche Prozessbearbeitung von der Onlinebeantragung bis hin zu der elektronischen Akte ermöglichen. Mithilfe der Anwendungsentwicklung soll diese Integration zu neuen Anwendungsmöglichkeiten sowie Unterstützung von Prozessen durch entsprechende Softwarelösungen realisiert werden.

Der geschätzte Bedarf liegt bei rund **1.500 Personentagen**. Die Kosten hierfür betragen rund **1.530.000,- Euro netto/ 1.820.700,- Euro brutto**.

Leistungen: Bereich IT-Architekt

Zur Optimierung der IT-technischen Unterstützung der Geschäftsprozesse in den Fachdienststellen kommen der Analyse der Geschäftsprozesse und der Ableitung von Anforderungen an eine konkrete IT-technische Lösung unter Beachtung der IT-Gesamtarchitekturvorgaben Schlüsselfunktionen zu. Aufgrund der Vielzahl der Projekte ist eine Begleitung durch interne Kräfte nur sehr begrenzt möglich. Daher werden Unterstützungsleistungen durch externe IT-Lösungsarchitekten für die Aufnahme und Analyse der Anforderungen sowie für die Erstellung von Lösungsvorschlägen benötigt.

Der geschätzte Bedarf hierfür liegt bei rund **485 Personentagen**. Die Kosten hierfür betragen rund **548.000,- Euro netto/ 652.120,-Euro brutto**.

3. Gesamtkosten

Das Gesamtbedarfsvolumen für die Jahre 2019-2021 wird nach den derzeitigen Planungen auf **5.751.650,- Euro netto/ rd. 6.844.464,- Euro brutto** geschätzt.

4. Finanzmittelbereitstellung

Der in 2019 benötigte Finanzbedarf kann unter Berücksichtigung noch vorzunehmender Umschichtungen aus veranschlagten Mitteln des Haushaltsplans 2019 gedeckt werden. Soweit für 2020 und 2021 noch nicht berücksichtigte Mehrbedarfe bestehen, werden diese bei der Haushaltsplanung 2020 ff berücksichtigt.